

Frau Pellinghoff  
Referat 24

Im Hause

Karlsruhe 11.08.2014

Referat 55

Name U.Mahler/ R. Kiefer/T.Wütz

Durchwahl 0721 926 - 3113

Aktenzeichen 55-8881.14

## **Ergänzende Stellungnahme der Referate 55 und 56 zum Planfeststellungsverfahren B 10 Zweite Rheinbrücke**

Guten Tag Frau Pellinghoff,  
zum o.g. Verfahren nehmen wir ergänzend wie folgt Stellung. Dabei sind unsere Anmerkungen zu den Gegenstellungnahmen von Ref. 44 (Ziff. 1) kursiv markiert.

### **1. Stellungnahme zur Gegenstn. Ref. 44**

Die GE-Flächen wurden in die Bestandskarte mit aufgenommen, um die Situation der durch die Maßnahme betroffenen Grünstrukturen richtig einschätzen zu können. Die als GE-Flächen dargestellten Bereiche sind landschaftsökologisch weitestgehend uninteressant (hoher Versiegelungsgrad). Die Vorkommen Wert gebender Amphibienarten (Laubfrosch, Kreuzkröte, Wechselkröte) wurden durch die Auswertung der Wanderbewegungen in diese Flächen hinein bzw. aus diesen heraus bearbeitet und darüber hinaus akustisch erfasst. Vorkommen von Vogelarten wurden durch Verhören entlang der Zäune und durch visuelle Suche mittels Fernglas bearbeitet.

*Die Methodik der Erhebungen in den umzäunten Bereichen bleibt fragwürdig (Untersuchungen nur optisch und akustisch von außen), besonders hinsichtlich der Fledermäuse. Nach wie vor ist nichts darüber bekannt, ob Quartiere o. ä. hier bestehen. Außerdem gibt es weiterhin keine Äußerung, ob es Bemühungen gab, eine Betretungsgenehmigung für die eingezäunten, in das UG einbezogenen Bereiche zu erhalten.*

*So uninteressant können diese eingezäunten Bereiche nicht sein, denn offensichtlich gibt es zumindest innerhalb des Raffineriegeländes größere Amphibienvorkommen, über die u. E. keine ausreichenden Kenntnisse vorliegen.*

Die Grünstrukturen nördlich und südlich der geplanten Trasse waren für die Erhebungen zugänglich.

Das UG wurde so abgegrenzt, dass für die zu betrachtende Trasse alle Auswirkungen erfasst werden können. Die Alternativenprüfung fand im Rahmen einer UVS statt, für die das Untersuchungsgebiet entsprechend größer abgegrenzt war.

*Der Verweis auf die Alternativenprüfung ist u. E. nicht ausreichend, v. a. unter dem Aspekt, dass die Trassenalternativen möglicherweise nicht ausreichend geprüft wurden.*

Am 29.09.2011 wurde durch Herrn Dipl.-Biol. Claus Wurst der gesamte Vorhabensbereich auf Spuren der Anwesenheit planungsrelevanter Holzkäferarten der europarechtlich streng geschützten Vertreter und der national streng geschützten Arten hin begangen und untersucht. Für den Heldbock wären eine Eiche + Nachbarbaum im Rheinuferbereich grundsätzlich besiedlungsg geeignet, sie weisen jedoch nach eingehender Prüfung keine Zeichen einer Vitalitätseinbuße auf, die sie als potenzielle Lebensstätten kennzeichnen würden, Fraßspuren oder Verdachtsmomente wie Punktblutungen als mögliche Reaktion des Baumes auf Junglarven in der Kambiumschicht waren gleichermaßen nicht feststellbar.

Für den Körnerbock besiedlungsg geeignete Strukturen fanden sich in einer teilabgestorbenen Weide mit großflächigem Blitzmal, hier war jedoch die oberflächliche Zersetzung in einer für diese Art ungünstigen Weise graufaul-zerspleißend geartet. Fraßspuren konnten weder hier noch sonst im Untersuchungsgebiet nachgewiesen werden.

*Die nachträglich durchgeführten Untersuchungen zu Haselmaus, Tellerschnecke und Holzkäfer durch Spezialisten erbrachten aus unserer Sicht plausible Ergebnisse.*

Um Untersuchungen nicht bereits im Vorfeld unnötig aufzublähen, wurde ein mehrstufiges Verfahren angewandt: Übersichtsbegehungen als Basis, bei Bedarf folgende vertiefende Untersuchungen und sofern möglich detaillierte Untersuchungen einzelner Arten. Ein Verzicht auf vertiefende Untersuchungen, wie im vorliegenden Fall, kann erfolgen, wenn es weder Hinweise auf eine Betroffenheit von höchstgradig geeigneten potentiellen Quartieren oder von tatsächlichen Quartieren gibt (die von mehreren und nicht nur von Einzeltieren genutzt werden), noch eine intensive Nutzung von Jagd- oder Transfergebieten. Dabei verlangen Vorkommen von RL1-Arten oder FFH-Anhang-II Arten je nach Art des geplanten Eingriffes in aller Regel eine vertiefende Bearbeitung. Zur Abschätzung, ob vertiefende Untersuchungen notwendig sind oder nicht, ist eine bereits erfolgte Detailplanung unumgänglich, um sicherzustellen dass alle relevanten Eingriffe auch bewertet werden können. Im Herbst 2007 lagen alle relevanten Voraussetzungen vor um eine vertiefende Untersuchung auf baden-württembergischer Rheinseite als unnötig zu erachten.

*Dem kann nur widersprochen werden. Es gibt weiterhin keine ausreichenden Kenntnisse, ob geeignete Quartiermöglichkeiten in den umzäunten Bereichen und in alten Bäumen bestehen (was „höchstgradig geeignete potenzielle Quartiere“ sind und wieso quasi geeignete und „hochgradig geeignete“ gar nicht berücksichtigt werden müssen, ist unklar), Quartierbäume werden als nicht essenziell dargestellt. 2 Transsektbegehungen sind u. E. nicht ausreichend zur Feststellung von Quartieren in den eingezäunten Bereichen und zur Findung von Flugkorridoren, ebenso wenig zur Quantifizierung der einzelnen Arten im UG*

und zur Einschätzung des Erhaltungszustandes der lokalen Population. Hinzu kommt, dass die wenigen erhobenen Daten (von 2007) inzwischen veraltet sind. Selbst die Fledermausgutachterin Dietz ist sehr skeptisch (s. 12.0 Anhang 4) und meint zum ehemaligen Raffinerieerweiterungsgelände (S. 9): „... **dieser Bereich ist bestens für Fledermäuse als Jagdgebiet geeignet. Überflüge von Fledermäusen, außer die des hochfliegenden Abendseglers wurden keine gemacht, können aber nicht ausgeschlossen werden ...**“ und zieht folgendes Fazit (S. 10): „**Der Verlauf der geplanten Straße wird eine Beeinträchtigung von Fledermäusen durch den Verlust von Jagdgebieten, möglichen Quartierbäumen und Transferstrecken in diesem Gebiet mit sich bringen. Die neue Trassenführung nahe am Rhein wird in sehr geeignete Jagdgebiete eingreifen... Der geplante Trassenverlauf greift vor allem in die bestehenden Altholzbestände (südlich der DEA-Scholven-Straße) ein. Somit werden vermutete Quartiere für Abendsegler, Wasser- und Rauhhautfledermäuse zerstört. Zudem kommt es zu einer Zerschneidung und Zerstörung von Jagdgebieten. Eine Verbindung zum Rhein wird unterbrochen und genutzte Leitlinien der Fledermäuse gehen verloren.**“. Diese Aussagen wurden von der Planung nicht berücksichtigt.

Bei beiden Transektbegehungen, die von jeweils zwei Personen durchgeführt wurden, ergaben sich keinerlei Hinweise auf eine tatsächliche Quartiernutzung. Die sehr geringe akustische Aktivität im Eingriffsgebiet lässt eine Quartiernutzung von mehreren Tieren als höchst unwahrscheinlich erachten. Alle nachgewiesenen Arten sind akustisch auffällig und über größere Distanzen detektierbar. Flugstraßen, eine geballte Aktivität oder im Bereich potentieller Quartiere auftretende Tiere wären aufgefallen und somit zumindest als „potentieller Quartierbezug“ gewertet und vertiefend untersucht worden. Weder die Papierfabrik noch die Raffinerie können zwingend als potentielle Quartiere eingestuft werden. Anders sieht dies mit den großen und teilweise älteren Bäumen aus, hierauf wird im Gutachten jedoch ausführlich eingegangen. Direkte Hinweise auf Quartiere gab es nicht, aufgrund des häufigen Quartierwechsels durch Fledermäuse kann eine sporadische Nutzung z.B. durch Einzeltiere jedoch nie ausgeschlossen werden.

*Höhlenbäume wurden nicht ausreichend untersucht. Warum eine sporadische Nutzung durch Einzeltiere nicht zu berücksichtigen ist, erschließt sich nicht.*

Für eine Gesamteinschätzung der Betroffenheit sind für die nachgewiesenen Arten Einzelquartiere irrelevant: erstens erfolgen durch die Planung keine Eingriffe in Gebäude, diese sind zudem nicht zwingend geeignet, zweitens wurden Vermeidungsmaßnahmen für Eingriffe in die Gehölzbestände ausführlich erörtert, eine tatsächliche Quartiernutzung war nicht nachweisbar und wäre nur mit extrem hohem Aufwand möglich gewesen, erwartungsgemäß ohne die Einschätzung zu verändern.

Die Einschätzungen im Fachgutachten basieren nicht ausschließlich auf der vorliegenden Untersuchung. Es wurden zur Einschätzung die Erfahrungen aus der jahrzehntelangen Erfassungstätigkeit in Nordbaden zugrunde gelegt. Neben anderen Untersuchungen der Gutachter (alleine in 2007 im benachbarten Wörth, in Mosbach und Baden-Baden, in Vorjahren z.B. bei Berghausen, Jöhlingen, Mosbach und Pforzheim) flossen in die Bewertung des lokalen Erhaltungszustandes auch die Erfahrungen fachgutachterlich arbeitender Kollegen, der Koordinationsstelle für Fledermausschutz Nordbaden und der lokalen und landesweiten Veröffentlichungen zu Fledermäusen mit ein. Insbesondere die Breitflügelfledermaus ist in den niedrigen Lagen Nordbadens entgegen der Situation in weiten Teilen Baden-Württembergs v.a. rund um Karlsruhe häufig. Die damals getroffenen Aussagen können heute nach zahlreichen weiteren umfangreichen Kartierungen (2010 z.B. Rastatt, 2011 z.B. Nussloch) bestätigt werden. Die Breitflügelfledermaus kann in einer vergleichbaren Dichte wie im Eingriffsgebiet flächendeckend im gesamten Oberrheingebiet angetroffen werden, in geeigneten Habitaten mit Anschluss an Wochenstubegebiete in einer um ein Vielfaches höheren Aktivität. Geeignete Strukturen zur Etablierung einer Wochenstube sind an den vorhandenen Gebäuden im Umfeld des Eingriffsgebietes nicht vorhanden, Baumquartiere werden von der Art nicht genutzt. Eine vertiefende Untersuchung der zudem durch die Art des Eingriffes überhaupt nicht betroffenen Art erschienen entsprechend weder 2007 noch heute gerechtfertigt. Eine worst-case-Betrachtung würde keine Änderung der Planung bedingen, da durch den geplanten Trassenverlauf weder Quartiere noch unersetzliche Jagdgebiete verloren gehen noch eine relevante Zerschneidung von Transferstrecken erfolgt. Daher halten wir im vorliegenden Falle in solches Vorgehen weder für notwendig noch dem Artenschutz dienlich.

*Diese Ausführungen sind der Begründung der Vorgehensweise wenig dienlich. Sie wären dann angebracht, wenn es um die Einschätzung der lokalen Populationen und deren Beeinträchtigungen, um die ökologische Funktion im räumlichen Zusammenhang und um mögliche Verschlechterung des landesweiten Erhaltungszustandes geht.*

*Entgegen der obigen Ausführungen äußert die Fledermaus-Gutachterin die Befürchtung bzw. Erwartung der Zerstörung vermuteter Quartiere sowie des Verlustes von Jagdgebieten und genutzten Leitlinien (s. oben).*

Die Bearbeitung der saP erfolgte – in Abstimmung mit dem Referat 56 (s. Besprechungsprotokoll vom 29.01.2009 im Anhang) - laut Mustertext („Mustertext\_Artenschutz\_§\_42\_Fassung 15.07.08“) des LBM [Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz], wobei die durch die Änderung des BNatSchG geänderten Paragraphen nachträglich angepasst wurden. Für den Bereich des RP KA wurde eine identische Vorgehensweise gewählt.

Der Straßenbaulastträger ist der Meinung, dass ähnliche/vergleichbare Unterlagen erstellt werden müssen. In diesem Fall wurden die pfälzischen Vorgaben verwandt.

Im Muster V3 „Mäusebussard (*Buteo buteo*)“ der o.g. Vorlage schreiben die Autoren unter „Prognose und Bewertung der Tötungstatbestände gem. § 42 Abs.1, Nr. 1 (i. V. m. Abs. 5) BNatSchG“ folgenden Satz: „Eine vorhabensbedingte Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Population durch eventuelle Kollisionen mit Einzeltieren ist daher nicht zu erwarten“. Unter V1 „Gruppe: Vogelarten der Wälder“ wird unter der Überschrift „Prognose und Bewertung der Schädigungstatbestände gem. § 42 Abs.1, Nr. 3 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG“ ausgeführt: „Es gehen zwar vermutlich mehrere Brutstätten der Amsel, ... und ... bau- und anlagebedingt verloren, angesichts der individuenreichen Populationen der Arten im Untersuchungsgebiet und dessen Umfeld ist jedoch nicht von einer signifikanten Auswirkung auf den Erhaltungszustand der lokalen Populationen auszugehen.“

Im Mustertext des LBM wird demnach nicht nur bei den Störungs-, sondern auch bei den Tötungs- und Schädigungstatbeständen auf den Begriff der lokalen Population zurückgegriffen. Dieser Vorgehensweise wurde bei der Ausarbeitung der vorliegenden saP gefolgt. Bei dieser durch das Amt vorgegebenen Herangehensweise ist nach u.E. keine unterschiedliche Schwelle des Verbotseintritts bei einer Abarbeitung beim Störungs- bzw. Schädigungstatbestand erkennbar, da immer die lokale Population als Bezugsgröße herangezogen wird.

Unmittelbar vor Anpassung der Paragraphen des Mustertextes an die Neufassung des BNatSchG und der Endabgabe des Fachbeitrages Artenschutz wurde die Anfrage der Bearbeiter beim Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz, ob eine aktualisierte Version des Mustertextes vorläge, negativ beschieden. Somit fand o.g. Version Anwendung.

*Die hier seitens der Straßenbauverwaltung verfasste Stellungnahme ist inzwischen durch die Überarbeitung des Fachbeitrages Artenschutz (Stand Dez. 2012) überholt (siehe dort S. 3, 4 sowie Kap. 1.2). Richtigerweise wird hier auch auf das Freiberg-Urteil des BVerwG v. 14.7.11 Bezug genommen, das zum Zeitpunkt der damaligen Stellungnahme der höheren Naturschutzbehörde (30.6.11) noch nicht ergangen war. Allerdings scheint es nun so, als ob allein der Prüfungsmaßstab zum Tötungsverbot entsprechend des Freiberg-Urteils angepasst wurde.*

*Auf die übrigen Kritikpunkte am Prüfungsmaßstab (siehe Kap. 1.4.1 und 1.4.2 der Stellungnahme der HNB vom 30.6.11) der artenschutzrechtlichen Prüfung wurde hingegen nicht eingegangen. Deshalb wird gebeten darzulegen, ob berücksichtigt wurde, dass*

- *CEF-Maßnahmen für die konkret betroffenen Exemplare wirksam sein müssen (Individuenbezug! - Maßstab ist also nicht, ob die lokale Population unbeeinträchtigt bleibt)*

- *lärmbedingte Revierverluste entsprechend der LANA-Hinweise nicht unter dem Störungsverbot (populationsbez. Beurteilungsmaßstab), sondern unter dem Schädigungsverbot (Verlust eines einzelnen Reviers löst bereits den Verbotstatbestand aus) abzuhandeln sind.*  
*Z.B. die Abhandlung des Wendehalses (V 28), des Mäusebussards (V20) und des Grünspechts (V16) zeigen, dass Revierverluste nach wie vor unter dem Störungsverbot abgehandelt werden.*

siehe oben: Unter Bezugnahme auf die lokale Population lt. Mustertext LBM ergeben sich in der Konsequenz keine Unterschiede, ob die Beseitigung von Höhlenbäumen bei den Störungs- oder bei den Schädigungstatbeständen abgehandelt werden. Aus formalen Gründen sollte die Abarbeitung des Verlustes von Höhlenbäumen bei den Schädigungstatbeständen erfolgen.

*Siehe oben zu S. 7, Pkt. 1.4.1.1*

Die Zuordnung ist erfolgt und wird als ausreichend erachtet.

Zur Vermeidung von Tötungstatbeständen erscheint die Maßnahme V2 „Baufeldfreimachung außerhalb der Brutzeit von Vögeln und außerhalb der Sommernutzung durch Fledermäuse (d.h. Oktober bis März). Zum Schutz überwinternder Fledermäuse Fällung von Bäumen mit einem Durchmesser von über 40 cm im November oder in der ersten Märzhälfte bei Nachttemperaturen von über 10 °C“ für Fledermäuse zielführend. Eventuell überwinternde Fledermäuse können flüchten, Vogelgelege sind noch nicht vorhanden. Somit können Tötungen ausgeschlossen werden.

*Es erscheint zweifelhaft, ob es Fledermäusen gelingt, bei Eintritt von >10<sup>0</sup>C Nachttemperatur aufzuwachen und rechtzeitig die Flucht zu ergreifen zu Beginn der Baumfällungen. Zumindest muss ein Fledermausspezialist zugegen sein, der betroffene Fledermäuse fachgerecht bergen und versorgen kann (vgl. Entwicklung von Methodiken zur Umsetzung der Eingriffsregelung und artenschutzrechtlicher Regelungen des BNatSchG sowie Entwicklung von Darstellungsformen für landschaftspflegerische Begleitpläne im Bundesfernstraßenbau, Gutachten F+E Projekt Nr. 02-0233/2003/LR, Okt. 2009 - im folgenden zitiert als F+E Projekt - MB 24 S. 2).*

*Auch ein „Fangen“ im Zuge einer beabsichtigten Bergung von Fledermaus-Individuen aus einer im Zuge der Baufeldvorbereitung und -räumung festgestellten Baumhöhle ist (bei signifikant erhöhtem Risiko, überwinternde Fledermäuse anzutreffen) verboten bzw. bedarf einer artenschutzrechtlichen Ausnahme (vgl. F+E Projekt, MB 14 S. 2)*

*Ferner muss von einer Störung während der Überwinterungszeit ausgegangen werden. Ausführungen zur Erheblichkeit dieser Störung i.S.v. § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatschG fehlen (auch in der überarbeiteten saP).*

*Im o.g. Gutachten (F+E Projekt, MB 24, S. 3) ist für die vorliegende Fallgestaltung folgende Vermeidungsmaßnahme vorgegeben: „Die Baumfällarbeiten werden auf den Zeitraum zwischen Mitte September und Ende Oktober/Anfang November festgelegt (Verschiebungen je nach Witterung sollten auf der Basis von Experteneinschätzungen möglich bleiben. Die Maßnahme sollte außerdem durch begleitenden Begutachtung [der Höhlen; Anmerkung des Verfassers] ergänzt werden). In dem o.g. Zeitraum befinden sich die Fledermäuse in der so genannten „Schwärmphase“ bzw. Ausbreitungsphase. In dieser Übergangszeit der Nutzung von Sommerquartieren zu Winterquartieren werden die Quartiere i.d.R. aufgrund der hohen Mobilität der Tiere sehr häufig gewechselt. Aufgrund dieser geringen Bindung der Fledermäuse an ihre Quartiere handelt es sich um den Zeitraum mit der geringsten Gefährdung.“*

*In diesem Zusammenhang sei auch auf eine erfolgversprechende Vermeidungsmaßnahme hingewiesen, die eine Kontrolle der Baumhöhlen auf Besatz nicht erfordert: Verschluss von zur Überwinterung geeigneten Baumhöhlen im Sept./Okt. (Zeitraum höchster Mobilität und geringster Habitatbindung - Verschiebungen je nach Witterung auf Basis der Einschätzung der ökologischen Baubegleitung) mittels „Ventil“ (Ausflug möglich, Einflug nicht möglich). Der genaue Zeitpunkt des Verschlusses wäre von einer ökologischen Baubegleitung festzulegen. Eine „Ventil-Lösung“ ist erforderlich, da durch eine Kontrolle von Baumhöhlen nie sicher nachgewiesen werden kann, dass die Höhle unbesetzt ist. Sowohl das Fangverbot als auch das Störungsverbot werden bei Ergreifen dieser Maßnahme nicht tangiert, sofern ein Ausweichen in andere Baumhöhlen möglich ist.*

*Eine detaillierte Ausarbeitung der Maßnahmen erfolgt im Rahmen der Ausführungsplanung, die dann auch mit der Naturschutzverwaltung abgestimmt wird.*

*Eine detailliertere Ausarbeitung der Maßnahmen ist nach Meinung der höheren Naturschutzbehörde Voraussetzung für den Planfeststellungsbeschluss. Die formalen und fachlichen Anforderungen an CEF-Maßnahmen bitten wir insbesondere dem o.g. Gutachten (F+E Projekt, MB 24 S. 5-9) zu entnehmen. Hieraus geht insbesondere hervor, dass*

- die Maßnahmen entsprechend der spezifischen Erfordernisse der beeinträchtigten Art **bemessen** sein müssen (artspezifisch, bezogen auf den beeinträchtigten lokalen Bestand),*

- die Verluste idR **in mindestens denselben Dimensionen und mindestens derselben Qualität „kompensiert“** werden müssen, wie diese beeinträchtigt werden (dies war in unserer Stellungnahme vom 30.6.2011 S. 12 mit „funktionsbezogener Eingriffs-/Ausgleichsbilanz“ gemeint),
- die einzelnen Maßnahmen rechtlich verbindlich festgelegt werden müssen (die Verfügbarkeit der Flächen muss nachweislich gewährleistet sein),
- der **Zeitplan** der Maßnahmeumsetzung und der notwendigen Erfolgskontrollen anzugeben ist.

Die Maßnahme E1 wurde für Arten, bei welchen das Entwicklungsziel „Wald“ im Vordergrund steht, auf Grund der Biotopentwicklungszeit als kompensatorische Maßnahme eingestuft. Für Arten, welche frühe Sukzessionsstadien besiedeln und die Aufforstungsflächen direkt nach ihrer Neuanlage als Bruthabitate annehmen können (z.B. Sumpfrohrsänger), wurde E1 als vorgezogene Ausgleichsmaßnahme eingestuft, sofern die Maßnahme im Bereich der lokalen Population verwirklicht wird. In der Regel sind dies für die Zielarten Habitate auf Zeit, da die Lebensräume mit fortschreitender Sukzession in Richtung Wald von diesen Arten ab einem gewissen Sukzessionsstadium nicht mehr besiedelt werden.

*Wie kann eine CEF-Maßnahme auf Zeit sein? Wenn nach wenigen Jahren die Wirkung als vorgezogene Ausgleichsmaßnahme nachlässt, weil der Bereich sich wie gewollt in Richtung Wald weiterentwickelt, kann von Ausgleich nicht die Rede sein. Die Besiedlungssukzession kann zwar dargestellt werden, aber einen so kurz befristeten Ausgleich mit wenig Aussicht auf anschließende Ausweichmöglichkeiten kann nicht entsprechend gewertet werden.*

Maßnahmen, die in der Regel mehrere Zielarten im Fokus haben, lassen sich häufig nicht generell in CEF- bzw. kompensatorische Maßnahmen trennen. Wie oben bereits bei der Waldentwicklung dargelegt (gilt aber auch für Gewässer-Neuanlagen), dienen frühe Sukzessionsstadien einer Reihe von Arten als Lebensraum und Fortpflanzungshabitat (und wurden daher als CEF-Maßnahme gewertet), andere Arten besiedeln diese Habitate erst mittel- bis langfristig (in diesem Falle kompensatorische Maßnahme).

*Siehe oben. Eine Wertung als CEF-Maßnahme ist wegen des vorübergehend wirksamen Charakters u. E. unzulässig. Denn nach der Weiterentwicklung dieser Flächen stehen den Besiedlern früher Stadien keine Ausweichhabitate zur Verfügung.*

*Es bleibt bei unserer Aussage auf S. 12 oben: „Eine solche Einstufung ist jedoch explizit vorzunehmen und kenntlich zu machen .... In den jeweiligen Maßnahmebeschreibungen bzw. Maßnahmeblättern sind die verschiedenen rechtlichen Funktionen der einzelnen*

*Maßnahmen deutlich zu kennzeichnen und zu erläutern.“ (vgl. auch F+E Projekt, a.a.O, Vorbemerkung zu MB 23 ff. sowie insbesondere MB 25)*

Die Eingriffs-Ausgleichsbilanz wurde entsprechend den Vorgaben der Straßenbauverwaltung ‚Musterkarten für die einheitliche Gestaltung Landschaftspflegerischer Begleitpläne im Straßenbau‘ erstellt und entspricht somit dem üblichen Standard. Für einzelne Arten lassen sich ‚Eingriffsflächen‘ und ‚Maßnahmenflächen‘ flächenmäßig nicht gegenüberstellen, da Faktoren wie Ausstattung/Umgebung/Vernetzung der Flächen eher ausschlaggebend sind als die Flächengröße.

*Letztem Satz ist zuzustimmen. Deshalb sprechen wir in unserer Stellungnahme vom 30.6.2011 S. 12 von einer **funktionsbezogenen** Eingriffs-/Ausgleichsbilanz, die ggf. verbal in der Maßnahmedarstellung erfolgen muss und darauf abzielt, die **funktionsbezogenen** Verluste idR in mindestens denselben Dimensionen und mindestens derselben Qualität zu kompensieren“ (vgl. auch F+E Projekt, MB 24 S. 5). Ein Beispiel für eine solche **funktionsbezogene** Eingriffs-/Ausgleichsbilanz (hier bezogen auf FCS-Maßnahmen) befindet sich in F+E Projekt, a.a.O., MB 25, S. 6.*

Die Zuordnung der Arten zu den Maßnahmen ist erfolgt und wird als ausreichend erachtet. *Wir halten die Zuordnung aus den angegebenen Gründen (S. 12, 13 unserer Stellungnahme) nicht für ausreichend.*

Die planerische Umsetzung der (aus Sicht der höheren Naturschutzbehörde unzureichend ausgearbeiteten) LBP-Maßnahmen wird durch den Planfeststellungsbeschluss gesichert.

Die Verfügbarkeit der Flächen kann im Vorfeld des Planfeststellungsverfahrens nicht abschließend geklärt werden. Ein großer Anteil der Maßnahmenflächen ist bei diesem Vorhaben hinsichtlich der Flächenverfügbarkeit geklärt, da es sich um BIMA-Flächen handelt.

*§ 17 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 BNatSchG erfordert Angaben zur tatsächlichen und rechtlichen Verfügbarkeit der Ausgleichsflächen. Dazu auch F+E Projekt, a.a.O., MB 24, S. 5, drittletzter Punkt: „Die Verfügbarkeit der Flächen muss nachweislich gewährleistet sein.“ Die noch nicht gesicherten Ausgleichsflächen können durch den Planfeststellungsbeschluss gesichert werden mit der Möglichkeit, ggf. zu enteignen. Nach Möglichkeit sollte jedoch eine Sicherung der Flächen bereits im Vorfeld angestrebt werden.*

Die Festlegung von Wirkungskontrollen/Monitoring erfolgt nach der Genehmigung des Maßnahmenkonzeptes und wird dann mit der Naturschutzverwaltung abgestimmt.

*Was bedeutet dies? Wer genehmigt wann (vor oder nach Planfeststellungsbeschluss?) das Maßnahmenkonzept? Vorsorglich sei darauf hingewiesen, dass für risikobehaftete Maßnahmen ein entsprechendes Monitoring und Risikomanagement vorzusehen ist, das*

*die Planfeststellungsbehörde in Nebenbestimmungen festlegen muss (vgl. F+E Projekt, a.a.O., Kap. 14, S. 136 ff, MB 39, MB 40). Die Aussage des Strassenbaulastträgers ist planungsrechtlich nicht nachvollziehbar.*

Die zwingenden Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses sind in der Unterlage 12.7, Fachbeitrag Artenschutz ausführlich dargelegt im Kapitel:

### 6.3 Alternativen und ihre Zumutbarkeit

### 6.4 Darlegung der zwingenden Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses

*Hier vermisst die höhere Naturschutzbehörde (HNB) eine qualifiziert begründete Gegenäußerung, die sich konkret mit den Argumenten der HNB auseinander setzt.*

*Es fehlt nach wie vor an einer **Abwägung**, ob die Belange des Artenschutzes oder die für die konkrete Variante streitenden Belange überwiegen. Nur gegenüber Gemeinwohlbelangen, die **gewichtig** genug sind, können die Artenschutzbelange den Nachrang haben.*

Im Zuge der Planung wurde eine Vielzahl von Varianten in unterschiedlicher Tiefe untersucht. Zunächst wurde im Jahr 1999 für die Rheinquerung bei Karlsruhe eine Machbarkeitsstudie mit ökologischer Risikoabschätzung erstellt, wobei sieben Trassenvarianten auf ihre Machbarkeit und möglichen Auswirkungen hin untersucht wurden. Auf den Erkenntnissen dieser Studie aufbauend und auf Grundlage aktualisierter Verkehrsdaten wurde im Jahr 2005 gemeinsam von Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg eine Umweltverträglichkeitsstudie erarbeitet, die in das anschließende rheinland-pfälzische Raumordnungsverfahren Eingang fand und in der sukzessive weitere drei Varianten entwickelt und abgehandelt wurden. Aus dieser Variantenvielfalt haben sich lediglich die „Nordbrücke“ und die „Parallelbrücke“ entwickelt, beide wurden im direkten Variantenvergleich gegenübergestellt. Die Umweltverträglichkeitsstudie ist den Planfeststellungsunterlagen nachrichtlich bei den Offenlagestellen zur Einsichtnahme beigelegt worden (Unterlage 15.5). In der Unterlage 15.5, Anlage „VOR“ wurden in dem Textbaustein „Umweltverträglichkeit Vorbemerkungen“ die bisher eingebrachten Varianten abgearbeitet und die Auswahlgründe für die verbleibenden Varianten dargelegt. Neben den Varianten A, B1, B2, C1, C2, D1 und D2, welche ihren Ursprung in der Machbarkeitsstudie von 1999 haben, wurden weiterhin die Varianten E, M und B3 im Zuge der Vorbemerkungen abgehandelt. Die Varianten B1, B2 und D2 wurden 2004 zusätzlich planerisch erarbeitet und optimiert. Es wurden somit alle im Planungsprozess entwickelten oder diskutierten Varianten für eine 2.Rheinbrücke bei Karlsruhe-Wörth dargelegt.

Eine Variantenabwägung der verbliebenen Varianten „Nordbrücke“ (Variante I) und „Parallelbrücke“ (Variante II) wurde im Rahmen des rheinland-pfälzischen Raumordnungsverfahrens durchgeführt.

rens durchgeführt. Bestandteil dieses Verfahrens war o. g. Umweltverträglichkeitsstudie, die das gesamte Planungsgebiet, d.h. auch die baden-württembergische Seite umfasste. Da die abwägungserheblichen Belange im wesentlichen nur auf rheinland-pfälzischem Gebiet lagen, bestimmte das Ergebnis der Abwägung auch die Linienführung auf baden-württembergischer Seite. Zudem ist die Trassenlänge auf rheinland-pfälzischer Seite mehr als doppelt so lang, als auf baden-württembergischer Seite. Die baden-württembergische Seite war über das Regierungspräsidium Karlsruhe, das die Stellungnahmen des Regionalverbandes Mittlerer Oberrhein sowie der Stadt Karlsruhe in seiner Stellungnahme berücksichtigte, im Raumordnungsverfahren beteiligt. Die Abwägungsaspekte sind im Raumordnerischen Entscheid (Unterlage 15.3) dargelegt.

*Wir verweisen erneut auf unsere Stellungnahme vom 30.6.2011, S. 18-22. Die hier vorgebrachten Argumente gelten nach wie vor.*

*Zusätzlich gilt: Je schwerer die Auswirkungen der Erteilung einer Ausnahme auf eine Art/Population sind, desto höher sind die Anforderungen an den Nachweis der Alternativlosigkeit und desto mehr ist dem Vorhabenträger an Projektabstrichen und Aufwand/Kosten zumutbar (Verhältnismäßigkeitsgrundsatz) .*

## **2. Stellungnahme zum neu gefassten Artenschutzbeitrag, Stand Dez. 2012**

### **2.1 Zusammenfassendes Fazit aus naturschutzfachlicher Sicht**

- Fledermäuse sind nach wie vor zu wenig bearbeitet und die wenigen vorhandenen Daten zudem noch veraltet. Aussagen zur Erheblichkeit von Beeinträchtigungen und zum Erhaltungszustand der lokalen Populationen können auf dieser Basis nicht seriös getroffen werden.
- Vögel sind gut abgearbeitet und ausreichend in den Formblättern dargestellt. Die Vermeidungs- und CEF-Maßnahmen sind einleuchtend dargestellt.
- Erhebliche und schwerwiegende Beeinträchtigungen von Amphibienlebensräumen, Ausgleich/ Ersatz/Kompensation kann kaum eine Verschlechterung der Situation der lokalen Populationen verhindern, geschweige denn zu einer Verbesserung führen.
- Die nachträglich durchgeführten Untersuchungen zu Haselmaus, Tellerschnecke und Holzkäfer durch Spezialisten erbrachten aus unserer Sicht plausible Ergebnisse. Nachdem trotz entsprechender Untersuchungen keine Nachweise der genannten Tierarten/-gruppen gelangen, kann dem Schluss zugestimmt werden, dass in diesem Raum keine Vorkommen existieren.

- Ständig wird behauptet, es gäbe keine zumutbaren Alternativen. Dies trifft aus unserer Sicht nicht zu. Die Parallelbrücke (Variante II = D2) hat nicht im entferntesten derartige Auswirkungen auf Arten und Lebensräume - ganz besonders, wenn man auch noch die Verhältnisse jenseits des Rheins berücksichtigt.

Neue Maßnahmen:

**A3** schafft durch die Anlage von Gesteinsstrukturen weiteren Lebensraum für Mauereidechsen im Verbund mit dem derzeitigen Vorkommen an der Bahnlinie und kompensiert bei fachgerechter und rechtzeitiger Anlegung die Eingriffe in bestehende Lebensstätten in geeigneter Weise. Eine signifikante Erhöhung des Tötungsrisikos durch den Verkehr wird richtigerweise nicht erwartet, da sich die Eidechsen v.a. in den geeigneten Lebensräumen abseits der Straßen aufhalten.

**A5** schafft für die beiden Höhlenbrüter Wendehals und Star - und weitere Höhlenbrüterarten - ausreichenden Ersatz für möglicherweise wegfallende Höhlen in Bäumen durch die Aufhängung und Wartung von passenden künstlichen Nisthöhlen (Nistkästen).

Dasselbe gilt für **A9** Aufhängung von Nischen- und Halbhöhlen-Nistkästen für den Grauschnäpper.

Ebenso gilt dies für **E5** Aufhängung von entsprechend geeigneten Nisthilfen für den Wendehals. All diese möglicherweise betroffenen Arten nehmen in der Regel geeignete künstliche Nisthilfen zur Brut an.

Die rechtzeitige Mahd des Albufers **S5** verhindert in der Tat vorübergehend mögliche Brutten des Teichhuhns in diesem Abschnitt, der nach Abschluss der Baumaßnahme wieder für Brutansiedlungen zur Verfügung stehen muss. Ebenso verhindert diese Maßnahme wie vorgesehen eine Eiablage des Nachtkerzenschwärmers. Dadurch werden allerdings entgegen der Angaben in den Formblättern Fortpflanzungsstätten beschädigt bzw. zeitlich befristet zerstört. Der Gutachter geht selbst richtigerweise davon aus, dass ein Ausweichen der betroffenen Vögel wegen der bestehenden dichten Besiedlung der Alb derzeit nicht möglich ist. Es wird erst durch die CEF-Maßnahme A8 „Naturnahe Umgestaltung der Alb“ eine noch dichtere Besiedlung und damit ein Ausweichen der Brutvögel des betroffenen Abschnittes ermöglicht. Nach der Bauzeit der Brücke steht dann auch der betroffene Abschnitt nach seiner Regeneration den Teichhühnern wieder als Brutraum zur Verfügung.

Dies gilt im Wesentlichen auch für den Nachtkerzenschwärmer, der es noch etwas leichter mit dem Ausweichen auf benachbarte geeignete Lebensstätten hat, um seine Eier abzulegen.

Wir gehen davon aus, dass durch die weiteren Maßnahmen eine Ausnahme für **V5** gefährdete Brutvögel mit Waldbindung nicht mehr erforderlich ist.

Bei **V21** Neuntöter stimmen wir mit dem Gutachter nicht in allen Punkten überein (näher hierzu s. unter Ziff. 3).

## **2.2 Zu „Vorausbemerkung zur überarbeiteten Fassung des Fachbeitrages Artenschutz“ (S. 3 f), sowie Kap. 1.2 Rechtliche Grundlagen**

Richtigerweise wird hier auch auf das Freiberg-Urteil des BVerwG v. 14.7.11 Bezug genommen, das zum Zeitpunkt der damaligen Stellungnahme der höheren Naturschutzbehörde (30.6.11) noch nicht ergangen war. Allerdings scheint es nun so, als ob allein der Prüfungsmaßstab zum Tötungsverbot entsprechend des Freiberg-Urteils angepasst wurde.

Auf die übrigen Kritikpunkte am Prüfungsmaßstab (siehe Kap. 1.4.1 und 1.4.2 der Stellungnahme der HNB vom 30.6.11) der artenschutzrechtlichen Prüfung wurde hingegen nicht eingegangen. Deshalb wird gebeten, darzulegen, ob berücksichtigt wurde, dass

- CEF-Maßnahmen für die konkret betroffenen Exemplare wirksam sein müssen (Individuenbezug! - Maßstab ist also nicht, ob die lokale Population unbeeinträchtigt bleibt)
- lärmbedingte Revierverluste entsprechend der LANA-Hinweise nicht unter dem Störungsverbot (populationsbez. Beurteilungsmaßstab), sondern unter dem Schädigungsverbot (Verlust eines einzelnen Reviers löst bereits den Verbotstatbestand aus) abzuhandeln sind.

Z.B. die Abhandlung des Wendehalses (V 28), des Mäusebussards (V20) und des Grünspechts (V16) zeigen, dass lärmbedingte Revierverluste nach wie vor unter dem Störungsverbot abgehandelt werden mit der Folge, dass bei Verneinung der Populationsrelevanz, die Verbotsprüfung negativ beendet wird (kein Verbotstatbestand erfüllt). Bei Abhandlung unter dem Schädigungsverbot entsprechend der LANA-Hinweise wäre der Nachweis zu führen, dass die ökologische Funktion der Fortpflanzungsstätte im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt ist.

Hinsichtlich der Ausnahmebedürftigkeit von Umsiedlungen eingriffsbetroffener Amphibien oder Reptilien verweist der neue Artenschutzbeitrag auf die Auffassung von Gellermann (2012). Seitens des MLR wird jedoch die Auffassung vertreten, dass Umsiedlungen im Rahmen CEF-Maßnahmen nach § 44 Abs. 5 BNatSchG zum Ausschluss des Tatbestands des § 44 Abs. 1 BNatSchG führen und keiner Ausnahme bedürfen (Schreiben des MLR vom 14.05.2013, Az. 62-8850.68, Frau Fink).

## **2.3 Zu Kap. 4.1. Maßnahmen zur Vermeidung:**

### **Maßnahme G1:**

Die Maßnahmenbeschreibung ist wie folgt zu ergänzen: „Die Verwendung großer Baumschulware in sensiblen Bereichen zur Vermeidung betriebsbedingter Kollisionen bei Fledermäusen ist erforderlich. Die Querungshilfen müssen vor Inbetriebnahme der B10neu entwickelt und voll funktionsfähig sein.“

**Die Maßnahme ist außerdem unter Beachtung des Leitfadens „Planung und Gestaltung von Querungshilfen für Fledermäuse - Ein Leitfaden für Straßenbauvorhaben im Freistaat Sachsen - 2008“ zu überprüfen und zu präzisieren bzw. zu optimieren.**

Die Annahmen zur Funktionsweise der Überflughilfen sind im Rahmen von Funktionskontrollen (Monitoring) entsprechend dem o.g. Leitfaden zu überprüfen - ggf. sind Korrekturmaßnahmen zu ergreifen. Ein entsprechendes Monitoring- und Risikomanagementkonzept ist vorzulegen und abzustimmen.

### **Maßnahme V2:**

Die Maßnahme ist wie folgt abzuändern:

Baufeldfreimachung außerhalb der Brutzeit von Vögeln und außerhalb der Sommernutzung durch Fledermäuse (d.h. Oktober bis März).

Vorheriger Verschluss von zur Überwinterung von Fledermäusen geeigneten Baumhöhlen im Sept./Okt. (Zeitraum höchster Mobilität und geringster Habitatbindung - Verschiebungen je nach Witterung auf Basis der Einschätzung der ökologischen Baubegleitung) mittels „Ventil“ (Ausflug möglich, Einflug nicht möglich). Der genaue Zeitpunkt des Verschlusses ist von einer ökologischen Baubegleitung festzulegen.

## **2.4 Zu Kap. 5.1.2 Tierarten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie, einzelartbezogene Beurteilungen**

### **T1 Dunkler Wiesenknopf-Ameisenbläuling**

Als Beurteilungsmaßstab für die Signifikanz betriebsbedingter Tötungen wird hier fälschlicherweise die lokale Population herangezogen.

## **2.5 Zu Kap. 5.2 Europäische Vogelarten**

Die Nichtberücksichtigung von Neozoen (Jagdfasan, Kanadagans, Mandarinente und Nilgans) ist rechtlich nicht begründet. Sie unterliegen als europäische Vogelarten (in Europa natürlich vorkommende Vogelarten im Sinne des Art. 1 der Vogelschutzrichtlinie) dem gleichen Schutzregime, wenn es ihnen gelingt, sich dauerhaft und ohne weiteres menschliches Zutun in der natürlichen Umwelt zu etablieren, was bei den genannten Arten der Fall ist (vgl. Gellermann/ Schreiber 2007 „Schutz wildlebender Tiere und Pflanzen in staatlichen Planungs- und Zulassungsverfahren, S. 35)..

Die Argumentation „Da es sich in diesem Bereich lediglich um den Ausbau vorhandener Straßen handelt, ist jedoch von einer signifikanten Erhöhung des betriebsbedingten Kollisionsrisikos der Individuen nicht auszugehen“ (die z.B. in V2, V3, V5, V6, V7, V9, V11, V12, V15, V16, V 20, V21, V23, V24, V25, V2, herangezogen wird), ist nicht plausibel und widerspricht auch der eigenen Argumentation des Artenschutzbeitrages auf S. 11, wo es heißt: „Durch die zunehmende Verkehrsbelastung und die Ausweitung des Verkehrsraums entstehen zusätzliche visuelle Störreize, ... und die Gefahr von Tierverlusten durch Kollision steigt.“

Mit dem Ausbau vorhandener Straßen erhöht sich auch die Verkehrsdichte. Eine höhere Verkehrsdichte führt unter Umständen zu einem signifikant erhöhten Tötungsrisiko. Abgesehen davon führt das OVG Sachsen-Anhalt aus, dass ein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko nicht schon deshalb verneint werden kann, weil bei der Planung der bestehenden Straße möglicherweise versäumt wurde, Vermeidungsmaßnahmen zu treffen, um ein bestehendes Tötungsrisiko zu verringern. Denn es sei maßgeblich, ob das Risiko kollisionsbedingter Verluste unter der Gefahrenschwelle in einem Bereich bleibt, der im Naturraum immer gegeben ist, vergleichbar dem ebenfalls stets gegebenen Risiko, dass einzelne

Exemplare einer Art im Rahmen des allgemeinen Naturgeschehens Opfer einer anderen Art werden (Urteil vom 19.01.2012, 2 L 124/09, Rn. 101). Eine Vorbelastung des Raumes durch bestehende Straßen kann deshalb aus Sicht der höheren Naturschutzbehörde nicht dazu führen, vorhabensbedingte Individuenverluste zu relativieren.

Insbesondere **Weißstorch** (V3) und **Schwarzmilan** (V23) stellen empfindliche Schutzgüter dar, und es ist Aufgabe der Rechtsnorminterpretation und -umsetzung, naturschutzfachlich relevante Mortalitätsrisiken von naturschutzfachlich weniger bedeutsamen Individuenverlusten zu unterscheiden. Je empfindlicher das Schutzgut, desto weniger Risiko erscheint hinnehmbar. Insofern ist die Empfindlichkeit einer Art gegenüber zusätzlichen anthropogenen Individuenverlusten auch ein Indiz dafür, ob ggf. bereits auch ein nur geringfügig gesteigertes Mortalitätsrisiko als signifikante Risikoerhöhung zu werten sein könnte. In der Studie „Übergeordnete Kriterien zur Bewertung der Mortalität wildlebender Tiere im Rahmen von Projekten und Eingriffen - unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Brutvogelarten - Stand 01.12.2012 - Dipl. Biol. Dr. Volker Dierschke, Dipl. Ing. Dirk Bernotat“ wurde die Bedeutung von Individuenverlusten des Weißstorches und des Schwarzmilans als „hoch“ klassifiziert<sup>1</sup> (bei einer 6-stufigen Klassifizierung von „sehr hoch“ - „hoch“ - „mittel“ - „mäßig“ - „gering“ - „sehr gering“). Insofern zählen diese beiden Arten zu jenen sensiblen Arten, bei denen es nahe liegt, dass sogar „schon Verluste weniger Individuen naturschutzfachlich kritisch und planungsrelevant sind“ (a.a.O. S. 47), zumal wenn sie wiederkehrend erfolgen.

Es wird daher aus Sicht der höheren Naturschutzbehörde erforderlich, die entsprechenden straßennahen Nahrungs- und Bruthabitate nach dem Bau der B10neu hinsichtlich ihrer Nutzung zu beobachten und ggf. Vermeidungsmaßnahmen insbesondere hinsichtlich des Weißstorches und des Schwarzmilans zu ergreifen.

### 3. Ergänzende Aspekte nach dem Erörterungstermin

#### 3.1 Signifikant erhöhtes Tötungsrisiko

---

<sup>1</sup> Abgeleitet wurde dies aus populationsbiologischen Parametern (Alttiermortalität, Lebensalter, Alter bei Eintritt in die Reproduktion, Reproduktionspotenzial, Reproduktionsrate, nationale Bestandsgröße, nationaler Bestandstrend) und aus naturschutzfachlichen Bewertungskriterien zur Einstufung der Bedeutung der Art (Einstufung nationale Rote Liste, Gefährdung in den Bundesländern nach Roter Liste, Nationale Verantwortlichkeit, Gefährdung in Europa).

Beim Ausbau von Straßen allgemein muss sicherlich nicht automatisch von einem signifikant höheren Tötungsrisiko für Vögel ausgegangen werden. Die Einschätzung hierzu hängt stark vom Einzelfall ab. Entscheidend sind die Verkehrsentwicklung und die betroffenen Vogelarten. Hier haben wir in dem betroffenen Raum eine deutliche Erhöhung der Verkehrsdichte zu erwarten. Dadurch erhöht sich auch das Kollisionsrisiko für Vögel mit trassennahen Revieren ganz erheblich. Besonders gefährdet sind Mäusebussard (V20) und Schwarzmilan (V23) aufgrund ihrer Eigenheit, auch Aas zu fressen, das sie in Form überfahrender oder kollidierter Tiere auf Straßen finden, wie auch in den Maßnahmenblättern beschrieben. Aber auch für trassennah brütende Vögel anderer Arten, die Straßen überfliegen, wird sich das Kollisionsrisiko erhöhen.

Eine dieser Arten hier ist der Neuntöter (V21), dessen festgestelltes Brutrevier durch die Planung tangiert wird. Sollte die Art dieses Brutrevier trotz Störungen beibehalten oder nach einer evtl. Fertigstellung der Straße wieder beziehen, unterliegen diese Vögel einem erhöhten Kollisionsrisiko, zumindest so lange, bis das Straßenbegleitgrün entsprechend dicht und hoch ist, dass es vom Neuntöter gemieden wird. Sollten sich straßennah offene (Böschungs-)Flächen im Revier befinden, könnten die Neuntöter auch hier ihre Nahrung - Insekten aller Art - suchen, dabei einen Teil des „Straßengewirrs“ im Bereich der komplexen Anbindung Dea-Scholven-/Esso-/Raffineriestraße an die neue B 10 überfliegen und erst recht einem erhöhten Kollisionsrisiko ausgesetzt sein. Schon deshalb wäre eine möglichst vollständige Bepflanzung der Nebenflächen innerhalb dieses Knotens angezeigt.

### **3.2 Sondergutachten Vögel im Straßenverkehr**

Im Erörterungstermin wurde angesprochen, dass nach dem Sondergutachten „Vögel im Straßenverkehr“ ein Problem beim Szenario „Vollsperrung der bestehenden Brücke“ besteht. Dies muss noch aufgearbeitet werden.

### **3.3 Wildkatze**

Bisher völlig unberücksichtigt bei den artenschutzfachlichen und -rechtlichen Betrachtungen blieb die Wildkatze, die im Raum Karlsruhe seit einigen Jahren nachgewiesenermaßen vorkommt (angesprochen im Planerörterungstermin durch Vertreter des BUND und LNV). Über aktuelle Daten verfügen v.a. die Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt in Freiburg, die LUBW sowie der BUND Regionalverband Karlsruhe (siehe dazu auch <http://www.bund-bawue.de/themen-projekte/artenschutz/wildkatze/aktuell/wildkatzen-nachweise-in-baden-wuerttemberg/> ). Außerdem gibt es ein Wildkatzen-Gutachten, das im

Rahmen der Planung des Rheinhochwasser-Rückhalterauges Bellenkopf/Rappenwört erstellt wurde<sup>2</sup>.

Die Wildkatze als hochgradig gefährdete Art fasst gerade wieder Fuß in Baden-Württemberg. Aus der Oberrheinebene gibt es inzwischen zahlreiche sichere Nachweise von Wildkatzen. Aus dem Raum südlich Rastatt liegt auch ein Reproduktionsnachweis vor. Dies bedeutet bei dem heimlichen, nachtaktiven und damit nicht leicht nachweisbaren Wildtier, dass unser Raum inzwischen eine hohe Bedeutung für die Art hat.

### 3.4 Artenschutzfachliche Gesamtbetrachtung

Eine Trennung in zwei Planungsabschnitte darf nicht dazu führen, den Blick auf die gesamte Trasse und ihre Problematik zu verlieren. Der eigentliche Schwerpunkt der Eingriffe liegt eindeutig auf pfälzischem Gebiet in den dortigen drei Natura2000-Gebieten (1 FFH-, 2 Vogelschutzgebiete). Dazu exemplarisch die folgenden kurzen Ausführungen.

Vor allem die Reste der Auenlandschaft, die gerade im Bereich Wörth bereits in der Vergangenheit durch Siedlung und Verkehr überproportional in Anspruch genommen wurde, haben eine sehr hohe Bedeutung als Lebensraum, wie im Ergebnis der Untersuchungen festgestellt wurde (Zitat aus der „Allgemeinverständlichen Zusammenfassung“ des Landesbetriebs Mobilität nach § 6 UVPG): „... In diesem Lebensraum wurden beispielsweise die Vogelarten Zwergdommel, Purpureiher, Krickente, Drossel- und Schilfrohrsänger sowie die Libellenarten Zweifleck und Zierliche Moosjungfer erfasst. Darüber hinaus sind die Auenbereiche durch eine artenreiche Fledermausfauna sowie individuenstarke Amphibienvorkommen gekennzeichnet...“. Als Beispiel: Die genannten Vogelarten sind von zentraler Bedeutung für die Erhaltungsziele der Vogelschutzgebiete, sie gelten als bundesweit gefährdet bis vom Aussterben bedroht und haben nur wenige Vorkommen in der Oberrheinebene, gleichzeitig aber einen Verbreitungsschwerpunkt für Deutschland. Die Purpureiherkolonie bei Wörth galt mit bis zu 4 Paaren bereits zu Zeiten der Untersuchung als mindestens landesweit bedeutend, sie hat sich in den letzten Jahren mit bis zu 10 Brutpaaren zu einem der bedeutendsten Brutvorkommen in Deutschland entwickelt. Dieser Bedeutung wird nicht ausreichend Rechnung getragen. Schon die Datengrundlage ist inzwischen veraltet und damit die Kompensation durch die daraus entwickelten Maßnahmen fragwürdig, da sich die Betroffenheit wohl deutlich verschärft hat. Aber die Maßnahmen

---

<sup>2</sup> Herrmann, Mathias (2011): Untersuchung der Wirkungen des geplanten Rückhalterauges Bellenkopf/Rappenwört auf die Europäische Wildkatze (*Felis silvestris silvestris*) und ihr Vorkommen am Oberrhein. Ökologische und artenschutzrechtliche Betrachtung. ÖKO-LOG im Auftrag des Regierungspräsidiums Freiburg - Integriertes Rheinprogramm

waren auch schon zum damaligen Zeitpunkt für eine Kompensation - so weit eine solche für eine so große Brutkolonie von Purpurreihern überhaupt für möglich gehalten wird - zeitlich und wohl auch räumlich ungenügend. CEF-Maßnahmen - in unserem Beispiel hier: Neuanlage von Röhrichflächen an neu angelegten Wasserflächen - werden wohl kaum in vollem Umfang Ersatz bieten können, wenn die beanspruchten Flächen durch die Bauausführung verschwinden, schon weil eine ausreichende Entwicklungszeit wohl nicht zur Verfügung steht. Dazu ein bezeichnendes Zitat aus der artenschutzrechtlichen Betrachtung (wobei der letzte Satz besondere Beachtung verdient): „... *Im Ergebnis zeigt sich, dass – aufgrund der umfangreichen Ausgleichsmaßnahmen – ein umfangreicher Biotopersatz geplant ist. Trotzdem kann bei manchen Tierarten nicht sicher vorhergesagt werden, ob durch die geplanten Biotopentwicklungsmaßnahmen die Ansiedlung der Art auf den neu angelegten Flächen erfolgreich verläuft, da sich manche Arten durch ein hohes Maß an Standorttreue oder Störungsempfindlichkeit auszeichnen. Durch die vorgesehenen Biotopentwicklungsmaßnahmen werden die ursächlichen Folgen des Eingriffs für die betroffenen Tierarten jedoch soweit vermieden bzw. aufgehoben, dass das Projekt zulässig ist.*“ Das artenschutzrechtliche Gutachten kommt selbst im Falle der Zerstörung eines und der Störung zweier Brutplätze der Purpurreiher zum Ergebnis, dass dies ausgeglichen wird. Entsprechend verläuft auch die darauf aufbauende artenschutzrechtliche Prüfung.

Die Eingriffe der geplanten Trassenvariante wären schon im baden- württembergischen Teil von beachtlichen Ausmaßen. Betrachtet man auch die Beeinträchtigungen auf dem rheinland- pfälzischen Teil der Trasse, wird deutlich, dass an die Alternativenprüfung nach § 45 Abs. 7 BNatSchG ein hoher Maßstab angelegt werden muss.

Mit freundlichem Gruß,

Tobias Wütz  
Referat 55 Naturschutz Recht